

Fraktion DIE HANNOVERANER

(Anfrage Nr. 1654/2013)

Eingereicht am 12.08.2013 um 11:21 Uhr.

Ratsversammlung 22.08.2013

Anfrage der Fraktion DIE HANNOVERANER zur vermehrten In-Obhut-Nahme von Kindern und Jugendlichen in Hannover

Laut Pressemeldungen nimmt das Jugendamt der Stadt Hannover analog zur Entwicklung im Bundesgebiet immer mehr Kinder und Jugendliche in Obhut. Die Zahl der aus der Familie genommenen minderjährigen Personen ist auf Bundesebene seit 2007 um 43 Prozent gestiegen. In Hannover ist diese Entwicklung offenbar weniger stürmisch verlaufen. Dennoch gibt auch hier die deutlich erhöhte Zahl von Inobhutnahmen Minderjähriger zu denken. Denn die Entwicklung macht deutlich, dass in vielen Familien in Hannover die Eltern-Kind-Beziehung erheblich gestört ist. Viele Familien sind entweder zeitweise oder dauerhaft durch Defizitprobleme unterschiedlicher Art überfordert, oder sie sind sogar ganz in Auflösung begriffen. Das stellt für die heranwachsenden Kinder und Jugendlichen eine schwere Beeinträchtigung ihres Lebens und ihrer Chancen dar.

Wir fragen deshalb die Verwaltung:

1. Aus welchen familiären Verhältnissen stammen die in Obhut genommenen Minderjährigen? Bitte die Zahlen aufschlüsseln nach: a) beide Eltern vorhanden, b) alleinerziehende Mütter oder Väter, c) Eltern unbekannt.

2. Verfährt die Stadtverwaltung genauso wie die Regionsverwaltung, indem sie Kinder und Jugendliche, die sich aus eigenem Antrieb beim Jugendamt melden und um Aufnahme bitten, in Obhut nimmt, „ganz gleich, was sie uns erzählen“ (HAZ vom 08.08.13), und erst danach mit den Eltern spricht? Oder sucht sie in solchen Fällen erst das Gespräch mit den Eltern, um die Angemessenheit einer Inobhutnahme, die ja einen schwerwiegenden Eingriff in die Autonomie der Familie bedeutet, sachgemäß beurteilen zu können?

3. Ist die o. g. Entwicklung für die Verwaltung ein Anlass, über die Richtigkeit oder Falschheit der derzeitigen Familienpolitik mit ihrer tendenziellen Abwertung der Familie nachzudenken, oder ist sie der Auffassung, dass die Inobhutnahme junger Menschen lediglich eine administrative Aufgabe sei und man so weitermachen könne wie bisher?

Jens Böning
Fraktionsvorsitzender

Hannover / 12.08.2013